

15340/J XXIV. GP

Eingelangt am 03.07.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Johannes Schmuckenschlager
Kolleginnen und Kollegen**

an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur

betreffend mangelnde Umsetzung des Entschließungsantrages betreffend die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und dem organisierten Sport bei Bewegungsangeboten im Rahmen von Betreuungsformen in den Schulen außerhalb des Regelunterrichts

Das Plenum des Nationalrates hat am 9. Juli 2010 einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter Haubner, Hermann Krist, Herbert Kickl, Dieter Brosz, Ing. Peter Westenthaler, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und dem organisierten Sport bei Bewegungsangeboten im Rahmen von Betreuungsformen in den Schulen außerhalb des Regelunterrichts beschlossen. Mit diesem wurden die zuständigen Bundesminister ersucht, auf Basis der Rahmenvereinbarung aus dem Jahr 2009 die rechtlichen Grundlagen für Kooperationsmodelle von Schulen mit Institutionen der in der Österreichischen Bundessportorganisation zusammengefassten Sportvereine und die Qualifizierung von Personen aus dem organisierten Sport bis zum Dezember 2010 zu erarbeiten, die eine Grundlage für eine flächendeckende Versorgung mit Sport- und Bewegungsangeboten für die österreichischen Schulen bilden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen dazu folgende

Anfrage:

1. Welche konkreten Kooperationsformen zwischen dem organisierten Sport und den Schulen bestehen derzeit außerhalb der Möglichkeit, Trainern von Sportvereinen zu Freizeitpädagogen ausbilden zu lassen?
2. Welche Maßnahmen wurden seit Beschluss dieses Entschließungsantrages in diesem Bereich gesetzt?

3. Wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus den beteiligten Ressorts sowie aus Vertretern des organisierten Sports eingesetzt?
 - 3.1. Wenn ja, wann ist diese zusammengetreten und wer war in dieser Arbeitsgruppe vertreten?
 - 3.2. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche Gespräche wurden seit Beschluss des oben genannten Entschließungsantrages mit Vertretern des organisierten Sports zu konkreten gesetzlichen Änderungsmaßnahmen geführt?
 - 4.1. Wer hat zu diesen Gesprächen eingeladen?
 - 4.2. Wer hat an diesen Gesprächen teilgenommen?
5. Wurde seitens des BMUKK ein Vorschlag für eine gesetzliche Änderung erarbeitet?
 - 5.1 .Wurde vom BMUKK ein diesbezüglicher Gesetzesvorschlag an die Sportorganisationen übermittelt?
6. Welche Gespräche wurden seit Beschluss des oben genannten Entschließungsantrages mit Vertretern des organisierten Sports zu einer Änderung der im Entschließungsantrag erwähnten Rahmenvereinbarung geführt?
 - 6.1. Wer hat zu diesen Gesprächen eingeladen?
 - 6.2. Wer hat an diesen Gesprächen teilgenommen?
7. Wurde seitens des BMUKK ein Vorschlag für eine Änderung der genannten Rahmenvereinbarung erarbeitet?
 - 7.1. Wurde vom BMUKK ein Vorschlag an die Sportorganisationen übermittelt?
8. Hat das BMUKK davon Kenntnis, dass das BMLVS einen entsprechenden Vorschlag für Adaptierung der Rahmenvereinbarung ausgearbeitet hat?
9. Welche Maßnahmen wurden vom BMUKK gesetzt, um kooperationsbereite Sportvereine und Schulen bei einer Zusammenarbeit zu unterstützen und diesen die Administration zu erleichtern?
10. Welche Maßnahmen wurden seitens des BMUKK gesetzt, um eine Kooperation des örtlichen Vereins mit dem Schulerhalter rechtlich und finanziell zu forcieren?
11. Welche gesetzlichen Maßnahmen wurden gesetzt, um Zugangshürden für ausgebildete Sportbetreuer und -trainer zur Betreuung von Schülerinnen und Schülern zu beseitigen?